Bezugspreis für Oktober durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße — **Fernsprecher** Nr 2448 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hügen, Berlin SW 48. Hedemannstraße 25 Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger
und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe, 29 mm breit, kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster, sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg. für sonstige Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahlung 7 Pfg., kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr, sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe. **Mittwoch, den 19. Oktober 1927** **76. Jahrgang. Nr. 1071**

Neue Einigungsverhandlungen im Bergarbeiterstreik.

w Berlin, 18. Okt. (Tel.) Zur Fortsetzung des Einigungs- und Schlichtungsverfahrens im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, hat der Schlichter die Parteien auf Donnerstag, 20. Oktober, nach Berlin geladen.

Der Deutsche Braunkohlenindustrie-Verein und die Streikleitungen erklären, daß sie der Einladung des Schlichters zur Fortsetzung der Schlichtungsverhandlungen auf Donnerstag vormittag Folge leisten werden.

Regierungspräsident Dr. Grützner-Merseburg befindet sich gegenwärtig in Berlin, um der Regierung über die Streiklage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau Bericht zu erstatten.

Zur Streiklage

w Halle, 18. Okt. **(Tel.)** Der Deutsche Braunkohlenindustrieverein teilt mit: Im Gebiet des mitteldeutschen Braunkohlen-Syndikates betrug der Versand am ersten Streiktage 40 Prozent des Normalversandes, in dem Niederlausitzer Revier bezifferte sich die Produktion am ersten Streiktage auf 70 Prozent der normalen Produktion.

Die Zentralstreikleitung hat folgenden Aufruf erlassen: Die mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter stehen seit Montag im Streik zur Erzielung besserer Löhne. Dieser Kampf ist rein wirtschaftlicher Natur. Er hat mit anderen Bestrebungen nichts zu tun. Der Lohnkampf wird nur von den Gewerkschaften geführt. Obwohl nicht der mindeste Anlaß zu besonderen polizeilichen Maßnahmen vorliegt, hat eine Anzahl Behörden, besonders in den Revieren Halle, Helmstedt und Senftenberg Polizeiverstärkungen durchgeführt. Teilweise haben Landjäger und Schupo eine einseitige Haltung gegen die Streikenden angenommen, sogar Flugblätter beschlagnahmt und das Streikpostenstehen zu verhindern versucht. Auf vielen Werken sind Polizeikommandos stationiert worden. Gegen diese Maßnahmen ist bei den zuständigen Regierungsstellen Beschwerde erhoben worden. Es hat den Anschein, als ob einige Behörden völlig unter dem Einfluß der Grubendirektionen stehen. Wir halten diese Polizeimaßnahmen für völlig unberechtigt und für nicht notwendig. Streikleitende und Streikende werden ohne Mithilfe der Polizei alles tun, was notwendig ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit. Die unterzeichnete Streikleitung fordert aber dennoch die Belegschaften der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie auf, Ruhe, Ordnung und Disziplin zu wahren und nur den Anordnungen der Gewerkschaften zu folgen.

Die Zentralstreikleitung erklärt weiter daß der Bochumer Bergarbeiterverein zur Unterstützung der streikenden Braunkohlenarbeiter in Mitteldeutschland eine Million Mark angewiesen habe. Die sächsische Regierung sei an die Zentralstreikleitung herangetreten mit dem Verlangen, die Versorgung des Freistaates Sachsen mit Strom zu gewährleisten. Hierauf habe die Streikleitung jedoch nicht eingehen können. Eine einschneidende Beeinträchtigung der Stromversorgung Berlins hält die Streikleitung für ausgeschlossen.

Die Streikleitung in Halle hat nach längerer Beratung Richtlinien aufgestellt, wonach jede Produktion, die nicht ausschließlich dem Zwecke der Notstandsarbeiten dient, zu unterbinden ist. Notstandsarbeiten sind: die Sicherung der Gruben vor dem Ersaufen, die notwendigen Arbeiten in den Kessel- und Maschinenhäusern, sowie den Schwelereien und die Versorgung von Krankenhäusern mit Licht und Wasser. Die Kohlenförderung in Golpa dürfte daher stark eingestellt werden. Die Produktion des für Berlin wichtigen Kraftwerkes Zschornewitz, wird wahrscheinlich ebenfalls eine starke Einschränkung erfahren.

Handgranatenanschlag auf Grube Ilse.

w Senftenberg, 18. Okt. **(Tel.)** Wie die Ilse-Bergwerks-A.-G. mitteilt, ist heute nachmittag ein Sabotageakt vermittels Handgranaten auf ihre Grubenschlußanlagen nach Groß-Wäschen versucht worden. Da der Anschlag rechtzeitig entdeckt wurde, ist keinerlei Schaden angerichtet worden. Die Ilse-Bergwerk-A.-G. hat heute nachmittag dem Reichsministerium des Innern, dem Regierungspräsidenten und dem Landrat den Anschlag zur Kenntnis gebracht. Wie die Verwaltung der Ilse weiter mitteilt, häufen sich die Terrorakte gegen Arbeitswillige.

Ausstand auch im braunschweigischen Kohlenrevier.

tu Braunschweig, 18. Okt. **(Tel.)** In den Bergarbeiter-Versammlungen in Helmstedt, Sommersdorf, Harbke und Barneberg ist jetzt ebenfalls im Anschluß an den mitteldeutschen Bergarbeiterstreik der Ausstand beschlossen worden. Einstimmig wurde die vom Schlichter des Reichsarbeitsministeriums vorgeschlagene Lohnerhöhung von 4 bis 6 Prozent abgelehnt. Damit ist der Ausstand auch in Braunschweig zur Tatsache geworden. Der Betrieb der braunschweigischen Kohlenbergwerke ruht vollkommen. Der Streik hat bereits auf die Metall- und Farbwerke in Oker im Harz übergegriffen, wo die Arbeiter wegen Lohnforderungen, die nicht bewilligt werden konnten, die Arbeit niedergelegt haben. Auch hier ruht der Betrieb vollkommen.

Verluste der mitteldeutschen Zuckerindustrie durch den Bergarbeiterstreik.

w Halle, 18. Okt. **(Tel.)** Die Vereinigung mitteldeutscher Rohzuckerfabriken, der etwa 50 Betriebe mit einer Erzeugung von ungefähr 5½ Millionen Zentner Rohzucker angeschlossen sind, hat in einem Telegramm an das Reichsernährungs-, Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsministerium auf die schweren Verluste hingewiesen, die der im vollen Gange befindlichen Zuckerkampagne bei einer Fortdauer des Streiks im mitteldeutschen Braunkohlenrevier über das Ende der Woche hinaus infolge der geringen Kohlenbestände der Zuckerfabriken erwachsen würden.

Weitere Entlassungen von Bergarbeitern im Ruhrbergbau.

w Essen, 17. Okt. **(Tel.)** Nachdem bereits auf der zum Mannesmann-Konzern gehörenden Zeche „Königin Elisabeth" in Essen 200 Bergarbeitern zum 15. Oktober gekündigt worden ist, und zum selben Zeitpunkt auf dem Rheinbaben-Schacht in Bottrop 500 Bergarbeiter zur Entlassung gekommen sind, wird heute dem WTB.-Handelsdienst gemeldet, daß die Harpener Bergbau-A.-G. sich genötigt gesehen habe, auf ihrer Zechenanlage „Julia" in Herne 320 Bergarbeiter zum 1. November zu entlassen. Als Grund für die Kündigungen gibt die Zeche augenblickliche schlechte Absatzmöglichkeiten an. Weiter beabsichtigt die Zeche demnächst zwei Abteilungen unter Tage still zu legen.

Der neue Schlichter für Westfalen.

⊙ **Dortmund,** 18. Okt. Der im Reichsarbeitsministerium beschäftigt gewesene Reichsrat Brisch ist vom Arbeitsminister zum Schlichter für den Bezirk Westfalen mit dem Sitz in Dortmund bestellt worden. Er hat das Amt mit dem 15. Oktober dieses Jahres übernommen.

Beilegung des Streikes in der oberbergischen Textilindustrie.

w Barmen, 18. Okt. **(Tel.)** Der Lohnstreik in der oberbergischen Textilindustrie ist durch einen Vorschlag des Schlichters, den beide Parteien angenommen haben, beigelegt worden.

Die erste Beratung des Reichsschulgesetzes.

8 **Berlin,** 18. Okt. **(Drahtb. unserer Berliner Schriftleitung.)**

Es war vorauszusehen, daß diese Zwischentagung des Reichstages allgemeines Interesse finden würde. Das trat denn auch nach außen hin insofern in die Erscheinung, als sowohl Regierungsbänke wie Sitzungssaal und Tribüne fast bis auf den letzten Platz besetzt waren. Daß Preußen sich besonders für diesen Entwurf interessiert, ist ja schon dadurch zutage getreten, daß es im Reichsrat eine Abänderungsvorlage eingebracht hat. Dasselbe Interesse bekundete die preußische Regierung auch heute wieder dadurch, daß neben dem Ministerpräsidenten Braun, da ja zugleich Reichstagsabgeordneter ist, auch Kultusminister Dr. Becker den Verhandlungen beiwohnte. Vor Eintritt in die Tagesordnung entwickelte sich noch eine längere Geschäftsordnungsdebatte, die deshalb bemerkenswert war, weil sie zeigte, wie anders man handeln kann, wenn man außerhalb der Regierung ist und wenn man in der Regierung ist. Sozialdemokraten und Demokraten nahmen nämlich einen eigenartigen Standpunkt bezüglich des Reichsschulgesetzes ein. Die Sozialdemokraten beantragten, die erste Lesung von der Tagesordnung abzusetzen mit der Begründung: „Es sei ein unbegreifliches Vorgehen, daß die Regierung nach dem Scheitern der Vorlage im Reichsrat ihren alten Gesetzentwurf unverändert wieder einbringe. Nachdem keine Verständigung mit den Ländern zustande gekommen sei, sei es nutzlose Vergeudung der Zeit, hier über den Gesetzentwurf zu beraten." Dieser Antrag fand Unterstützung bei den Demokraten und Kommunisten, verfiel aber der Ablehnung, ebenso der sozialdemokratische Antrag, der in anderer Form auch von den Kommunisten eingebracht wurde, über die Lage im Braunkohlenrevier zu beraten. Bei dieser Gelegenheit bestätigte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns die Auffassung, daß begründete Hoffnung vorliege, daß die Verhandlungen in den nächsten Tagen wieder aufgenommen und zu einer Befriedung führen würden. Den kommunistischen Vorwurf, daß nach einem Bericht des „Achtuhr-Abendblattes" der Reichsarbeitsminister zugunsten der Unternehmer eingegriffen habe, konnte Reichsarbeitsminister Dr. Brauns sofort als unrichtig hinstellen. Es wäre vielleicht überhaupt besser, wenn in dem jetzigen Stadium, wo sich wieder Verhandlungen anbahnen, die Zeitungen der verschiedenen Richtungen in ihrem Urteil sich zurückhalten würden, da dies sicherlich der baldigen Beilegung mehr dienlich wäre.

Auf die sozialdemokratischen Vorhaltungen und die spitzfindigen Fragen der Demokraten antwortete der Abg. von Guérard treffend, daß auch nach der Ablehnung durch den Reichsrat die Vorlage im Reichstag eingebracht werden könnte. Wenn aber die Opposition der Meinung ist, daß die Vorlage verfassungsändernd ist, so ist erst recht eine schnelle Beratung am Platze, um diese Meinungsverschiedenheiten auszutragen. Wenn der Abg. Haas wissen will, wie der Beschluß der Reichsregierung zustande gekommen ist, so ist das auch eine reichlich naive Frage, die bisher noch nie, auch bei den interfraktionellen Besprechungen mit den Demokraten nicht gestellt worden ist. Das sind Dinge, die eben nicht in den Reichstag gehören. Und wenn weiter der sozialdemokratische Abg. Müller-Franken vorher festgestellt wissen will, ob eine Reichstagsmehrheit für diese Vorlage zustande kommt, so ist diese Frage doch ebenso naiv. Um das festzustellen, berät ja gerade der Reichstag eingehend nicht nur über diese Vorlage, sondern über alle Gesetzentwürfe, um eine solche Mehrheit durch schließliche Verständigung herbeizuführen. Man sieht aus diesen Einwürfen, wie die Opposition alles daran setzt, diesem ihr unbequemen Gesetzentwurf von Anfang an alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Auf die niedrigen Einwürfe des kommunistischen Redners gegen die politische Haltung und Taktik des Zentrums hier näher einzugehen, lohnt sich nicht, da man über diese unsachlichen Schimpfereien, wie z. B. „Pfaffengesetz", einfach zur Tagesordnung übergehen kann.

In der eigentlichen Debatte begründete Reichsinnenminister von Keudell zunächst die Vorlage. Er stellte u. a. fest, daß für die Einbringung dieser Vorlage vor allem und in erster Linie der Wunsch der christlichen Eltern nach einem christlichen Reichsschulgesetz maßgebend gewesen ist. Der Vorwurf, daß die weltliche Schule durch diesen Entwurf zerschlagen werde, konnte er als unrichtig zurückweisen, ebenso die Ansicht, daß die Vorlage verfassungsändernd sei. Seine Ausführungen fanden im übrigen den Beifall der Regierungsparteien und das selbstverständliche Mißfallen der Opposition, das sich in großer Erregung, zum Teil durch Zischen, bemerkbar machte. Von den Parteien kamen heute noch die Sozialdemokraten, die Deutschnationalen und das Zentrum zu Wort, welch erstere nach ihrer ganzen Einstellung sich gegen das Gesetz und ihrer „schwarzen Furcht" für Trennung von Kirche und Staat aussprachen. Der deutschnationale Redner Mumm setzte sich sehr warm für die Vorlage ein, desgleichen auch für das Zentrum der Abg. Rheinländer, der namentlich in grundsätzlichen Ausführungen viele falsche Auffassungen und Einwürfe über Taktik und die ganze innerpolitische Einstellung des Zentrums zurückwies. Sowohl aus der Rede des Ministers wie auch der Sprecher der Deutschnationalen Volkspartei und des Zentrums klang die erfreuliche Tatsache durch: Alles auf Verständigung innerhalb der Regierungsparteien einzustellen, um so ein Reichsschulgesetz, für das sich das Zentrum schon seit Weimar energisch bemüht, unter Dach und Fach zu bringen. Gleich guten Willen zur Verständigung legt übrigens auch die Deutsche Volkspartei an den Tag, die innerhalb der Regierungsmehrheit die meisten Schwierigkeiten zu machen schien. Das kommt dadurch zum Ausdruck, daß diese Regierungspartei heute in ihrer Fraktionssitzung den Abg. Dr. Runkel zum Fraktionsredner bestimmte, der bekanntlich bei aller Einstellung in volksparteilichem Sinne eine sehr gemäßigte und den Forderungen der Deutschnationalen und des Zentrums entgegenkommende Haltung in Schul- und Kulturfragen einnimmt. Das geht übrigens auch hervor aus den Ausführungen, die die „Tägliche Rundschau" in ihrer heutigen Abendausgabe macht, worin sie den Tenor der morgigen Rede des Abg. Runkel folgendermachen kennzeichnet:

„Die Ausführungen, die der Reichstagsabgeordnete Dr. Runkel namens der Fraktion der Deutschen Volkspartei in der bevorstehenden ersten Lesung des Reichsschulgesetzes zu machen beabsichtigt, werden bei aller sachlichen Entschiedenheit doch von dem Bestreben geleitet sein, eine Verständigung über das Reichsschulgesetz nicht von vornherein unmöglich zu machen. Man geht allerdings davon aus, daß die Forderungen der Deutschen Volkspartei ihre Berücksichtigung finden müssen. Es handelt sich dabei zunächst um die Stellung der Gemeinschaftsschule. Hier vertritt die Deutsche Volkspartei den Standpunkt, daß auch der erste Absatz des Artikels 146 der Reichsverfassung in den Gesetzentwurf einbezogen, d. h., daß also auch die Stellung der Gemeinschaftsschule bestimmt werden muß. Nach Ansicht der Deutschen Volkspartei ist die Gemeinschaftsschule die Regelschule. Dementsprechend wird gefordert werden, daß diejenigen Schulen, die keinen einheitlichen konfessionellen Charakter haben, als Gemeinschaftsschulen gelten müssen. Ebenso sollen Neugründungen als Gemeinschaftsschulen ins Leben treten. Die Simultanschulen sollen erhalten bleiben. Eine Sperrfrist genügt der Deutschen Volkspartei nicht. In der Frage der Neubildung von Schulen wird verlangt, daß der Stand des Schulwesens, wie er örtlich bestimmt ist, nicht durch Sonderschulen herabgesetzt werden darf. Damit soll der Zersplitterung des Schulwesens ein Riegel vorgeschoben werden. In der Frage der Schulaufsicht hält die Deutsche Volkspartei an der fachmännischen Schulaufsicht fest, wobei als zulässig erachtet wird, daß die obersten Vertreter der Kirchenbehörden in den Religionsunterricht Einsicht nehmen. Gegenüber den Elternräten wird betont werden, daß die letzte Entscheidung dem Staate vorbehalten werden muß."

Soweit das volksparteiliche Organ. Nunmehr ist es Sache der interfraktionellen Besprechungen, durch Einigung der verschiedenen Anschauungen eine Verständigung herbeizuführen.

*

pd **Berlin,** 18. Okt. **(Tel.)**

Am Regierungstische Reichsinnenminister von Keudell, Reichsarbeitsminister Brauns, Preußischer Ministerpräsident Braun, Preußischer Kultusminister Dr. Becker und die Vertreter der anderen Länder.

Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung um 15 Uhr und begrüßt die Abgeordneten nach der Sommerpause. Er teilt ferner mit, daß der Vorstand des Reichstages dem Reichspräsidenten von Hindenburg zu seinem 80. Geburtstage die besten Glückwünsche ausgesprochen habe. Der Reichspräsident lasse dafür dem Reichstage seinen Dank sagen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung setzt eine lebhafte

Geschäftsordnungsaussprache

ein.

Abg. **Müller-Franken** (Soz.) beantragt, den ersten Punkt der Tagesordnung, also die erste Lesung des Reichsschulgesetzes von der Tagesordnung abzusetzen. Dieser Antrag sei wohl begreiflich nach dem Schicksal, das die Regierungsvorlage im Reichsrate gehabt habe. Etwas derartiges sei seit dem Bestehen des Deutschen Reiches noch nicht dagewesen. Die Regierung bringe nun ihren alten Gesetzentwurf unverändert wieder ein. Das sei ein unbegreifliches Vorgehen. Der Gesetzentwurf sei zweifellos verfassungsändernd. Nachdem es der Reichsregierung nicht gelungen sei, zu einer Verständigung mit den Ländern zu kommen, sei es wenig wahrscheinlich, daß sich im Reichstage eine Mehrheit dafür finden werde. (Zurufe rechts: Das lassen Sie unsere Sorge sein.) Jedenfalls liege keine Veranlassung vor, jetzt in die Beratung dieses Gesetzentwurfes einzutreten und die Zeit nutzlos zu vergeuden. (Zustimmung der Sozialdemokraten. Lachen rechts und im Zentrum.) Der Redner schlägt vor, anstelle des Reichsschulgesetzentwurfes die sozialdemokratischen Interpellationen über die Wirtschaftslage und über den Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier zu beraten. Die Regierung müsse zu dem Streik Stellung nehmen und dürfe sich nicht hinter Formalitäten zurückziehen.

Reichsarbeitsminister Brauns erklärt, das Reichsarbeitsministerium stehe selbstverständlich in ständiger Fühlung mit den beiden Parteien im Bergarbeiterstreik. Es sei begründete Hoffnung vorhanden, daß die Verhandlungen in den nächsten Tagen wieder aufgenommen und zu einer Befriedung führen werden. Im gegenwärtigen Augenblick sei es aber nicht ratsam, in eine sachliche Debatte einzutreten, jedoch solle diese noch vor Ablauf dieser Woche stattfinden.

Abg Graf Westarp (DN.) **wendet sich gegen die Absetzungsanträge.** Die Sorge um die Beschaffung der Mehrheit für das Gesetz solle man denjenigen überlassen, die das Gesetz wünschen.

Abg. Dr. **Haas** (Dem.) schließt sich dem Absetzungsantrag an und wünscht Auskunft, ob es sich um eine Vorlage des gesamten Reichskabinetts handele oder nur einen Teil des Reichskabinetts. Es sei bisher unwidersprochen, daß die beiden volksparteilichen Minister sich mit der Vorlage nicht solidarisch erklären.

Abg. **Jaddasch** (Komm.) bringt im Zusammenhang mit dem mitteldeutschen Bergarbeiterstreik einen Mißtrauensantrag gegen den Reichsarbeitsminister ein.

Reichsarbeitsminister Brauns erwidert auf Vorwürfe des kommunistischen Redners, das alles, was an Beschuldigungen gegen ihn erhoben worden sei, durchaus falsch sei. Darüber werde später noch zu sprechen sein.

Abg. **von Guérard** (Ztr.) erklärt, die Regierung habe durchaus nicht die Aufgabe, vorher festzustellen, ob eine Reichstagsmehrheit für ihre Vorlage vorhanden sei. Der Redner bestritt, daß die Vorlage verfassungsändernd sei. Die Zentrumsfraktion begrüße, daß die Interpellationen über den Bergarbeiterstreik noch in dieser Woche besprochen werden sollen und hoffe, daß sie durch die Einigungsverhandlungen überhaupt überflüssig werden.

Der Antrag auf Absetzung der Schulvorlage wird dann gegen Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Auch alle übrigen Anträge auf Änderung der Tagesordnung verfallen der Ablehnung.

Das Haus tritt dann in die

erste Beratung des Reichsschulgesetz-Entwurfes

ein, mit der die demokratische Interpellation über die Kosten des Schulgesetzes verbunden wird.

Reichsinnenminister Dr. von Keudell

leitet die Beratungen ein und erklärt, für die Einbringung des Reichsschulgesetzes seien in erster Linien maßgebend gewesen die Wünsche der christlichen Elternschaft nach einem christlichen Reichsschulgesetz., Andererseits müsse anerkannt werden, daß die von verschiedenen Ländern, namentlich von Preußen, betonte Notwendigkeit, auch den weltlichen Schulen Entwicklungsmöglichkeiten zu geben, berücksichtigt werden müsse. Mein Amtsvorgänger, so erklärte der Minister, hat einen privaten Entwurf aufgestellt und mir freundlicher Weise als Material überlassen. Der Minister verweist dann auf den Verfassungsartikel 146 und geht auf den Inhalt der Regierungsvorlage ein. Er bezieht sich auf seine im Reichsrat gegebene Darstellung der Einzelheiten des vorliegenden Gesetzentwurfes und hebt u. a. hervor, daß im Gegensatz zum Entwurf von 1919 heute alle drei Schulformen behandelt würden. Die Verfassung lasse ein Nebeneinander aller drei Schulformen zu. Auch die Staatsgesetzgebung habe es nicht vermocht, einen einheitlichen Typ für die deutsche Volksschule durchzusetzen. Es gelte auch, Grundsätze aufzustellen über die Handhabung der Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes an den Schulen, um Richtlinien zu finden, die ein Mindestmaß von Beunruhigung der Bevölkerung in dieser Frage schaffen. Der Vorwurf, daß die Volksschule durch den vorliegenden Entwurf zerschlagen werde, sei nicht stichhaltig.

Wenn man die Reihe von Kundgebungen aus dem Südwesten Deutschlands an seinem geistigen Auge vorüberziehen lasse, könne man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Unterzeichner die Dinge nicht klar erkannt hätten. Die Verfassungsbestimmung sei nicht eindeutig, sie sei verschiedenster Auslegungen fähig. Der Minister führt eine Reihe solcher Auslegungen an. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Vorlage der Regierung nicht verfassungsändernd sei. Jede Benachteiligung der Gemeinschaftsschule werde peinlich vermieden. **Entspricht es wirklich der freiheitlichen Entwicklung unserer Tage, so erklärt der Minister, allen Ländern von Reichswegen eine bestimmte Schulform als Regelschule aufzuzwingen? Würde ein solches undemokratisches Verfahren nicht Unruhe und Kampf bis in die entlegensten Teile unseres Vaterlandes tragen? Wird nicht auf lange Sicht die Gemeinschaftsschule besser fahren, wenn sie in friedlichem Wettbewerb neben den Bekenntnisschulen wirkt? (Zustimmung rechts und beim Zentrum.)**

Die Zentrumsinterpellation zur Wahlrechtsreform.

8 **Berlin,** 18. Okt. **(Drahtb. unserer Berliner Schriftleitung.)**

Nachdem sofort nach Wiederzusammentritt der Reichstagsfraktion des Zentrums der Vorstand der Fraktion sich einmütig für einen offiziellen Schritt bei der Reichsregierung im Sinne der Reform des geltenden Wahlrechts eingesetzt hatte, stimmte die Reichstagsfraktion selbst ebenfalls in voller Einmütigkeit der Einbringung nachstehender Interpellation zu:

„Das geltende Wahlverfahren zum Reichstag der Deutschen Republik hat schwerwiegende Mängel im Gefolge. Durch die Listenwahl wird die Beeinflussung der Bewerberauswahl seitens der gesamten Wählerschaft wesentlich beeinträchtigt. Die Größe der Wahlkreise macht die notwendige enge Vertrauensverbindung zwischen Wählerschaft und Abgeordneten unmöglich.

Wir fragen an: Ist die Reichsregierung bereit, einen Gesetzentwurf, der das Wahlverfahren zwecks Beseitigung dieser Mängel umgestaltet, so rechtzeitig einzubringen, daß er noch von dem jetzigen Reichstag verabschiedet werden kann?"

Der Minister erklärt, er möchte nicht besonders auf die Kostenfrage eingehen. Einerlei, ob nun Länder oder Gemeinden die Mittel aufbringen, trage die Kosten doch die deutsche Wirtschaft. Wenn die bekenntnisfreie Schule durch den vorliegenden Entwurf legalisiert werden soll, entspreche dies dem demokratischen Prinzip und dem Text der Reichsverfassung. Es sei ein Gebot der Toleranz, wenn auch dieser Schulart freie Entwicklungsmöglichkeit gegeben wird. Das Recht des Elternwillens für die Bestimmung der Schulart sei keine Erfindung der Neuzeit. Es sei in der Reichsverfassung festgelegt und es entspreche der Verfassung, wenn dieses Recht auch im Schulgesetz Anwendung findet. Der Minister verliest einige Stellen aus Äußerungen des früheren Staatssekretärs Schulz vom Jahre 1919, in denen dieser sich für die Wahrung dieser Rechte der Eltern ausdrücklich ausspricht. Der Minister betont, daß das alleinige Aufsichtsrecht des Staates im Entwurf selbstverständlich festgelegt sei. Unbeschadet dessen sei aber den Religions-Gesellschaften eine gewisse Mitwirkung ermöglicht. Es wäre widersprucbsvoll, wenn der Staat den Inhalt des bekenntnismäßigen Religions-Unterrichts von sich aus bestimmen würde. Es entspreche der Reichsverfassung und der Gerechtigkeit, wenn man dieses den Religions-Gesellschaften überlasse. Im übrigen passe sich der Entwurf den bisherigen unterschiedlichen Verhältnissen in den Ländern durchaus an.

Der Minister geht dann auf die Reichsratsverhandlungen ein und erklärt, in der

Kostenfrage

stehe die Reichsregierung zurzeit auf dem Standpunkt, daß Erklärungen erst dann möglich sind, wenn die Gestaltung des Entwurfes die entstehenden Kosten genauer übersehen lasse Die Reichsregierung sei nicht gewillt, die Zahl der Länder, in denen Simultanschulen bestehen, zu erweitern und den Ländern dauernd die Entscheidung über die Einführung der Simultanschulen zu überlassen. Auf die Frage des Abg. Dr. Haas erwidere er, daß der vorliegende Entwurf einmütig von der Reichsregierung eingebracht worden sei und daß die Entscheidung der volksparteilichen Minister über das Gesetz seinerzeit in der Presse bekannt gegeben worden ist. Der Minister legt dann die Stellungnahme der Regierung zum Schulgesetzentwurf nach seiner Ablehnung im Reichsrat dar und betont, daß mit der Vorlegung des Entwurfes in seiner ursprünglichen Fassung nach Auffassung der Reichsregierung den Erfordernissen der Verfassung vollauf Genüge getan sei. Die Frage der Berücksichtigung des Elternwillens und die Frage der Erteilung des Religionsunterrichtes spielten eine besondere Rolle. Der Entwurf sei besonders geeignet, der Erneuerung des inneren Lebens unseres Volkes zu dienen. Es sei auch zu erinnern an die Erklärung des Reichskanzlers, daß ein Schulgesetz sich nur auf christlicher Grundlage aufbauen könne. In der Öffentlichkeit sei man allerdings nicht sehr tief in den Entwurf eingedrungen. (Lachen links.) Mit besonderem Ernst gehe die Reichsregierung an die Einlösung des damals vom Reichskanzler gegebenen Versprechens heran. Es gelte, ein Geschlecht heranzuziehen, das feststehe auch in sturmbewegten Zeiten. Zur materiellen Not komme heute bei unserer Jugend die innere Not, die Enttäuschung und Verzweiflung über die falschen Ziele, die ihr gewiesen wurden. Wenn sich Zügellosigkeit und Schamlosigkeit heute auf allen Gassen breitmachen, wenn das Gefühl für Recht und Unrecht zweifellos weithin verloren gegangen sei, so bestehe für den jugendlichen Menschen die erhöhte Gefahr, den Versuchungen der Zeit zum Opfer zu fallen. Der Jugend das richtige Rüstzeug mitzugeben, sei Aufgabe von Schule und Elternhaus. Wahre Freiheit entstehe nur da, wo der Mensch gebunden ist an Gott. Es handele sich nicht unreligiöse Beeinflussung, wenn in Übereinstimmung mit dem Willen der Elternschaft die christliche Schule gesichert werden solle. Nur die christliche Erziehung führe zur wahren Volksgemeinschaft.

Zum Schluß spricht der Minister die Hoffnung aus, daß die Verabschiedung des Gesetzentwurfes zugleich empfunden werden möge als äußeres Zeichen friedlicher innerer Erstarkung unseres Vaterlandes. (Beifall bei den Regierungsparteien. Zischen links.)

Abg. **Schreck** (Soz.) erklärt, die Regierungsmehrheit habe die schulpolitischen Fragen über die Not des Volkes gestellt. Bis zur Stunde habe seine Partei gegenüber dem Minister immer ein Gefühl der Achtung besessen In dieses mische sich jetzt das Mitleid, denn offenbar sei er der Gefangene dieser Reichsregierung. Der Redner fragt, wie es der Minister noch mit seiner Ehre vereinbaren könne, daß er nicht sein erstes Auftreten dazu benutzt habe, das Unrecht an von Treskow gut zu machen. (Lebhafte Zustimmung links.) Die jetzige Regierung sei eine Regierung der Hilflosigkeit. Von einer Einigkeit in dieser Rechtskoalition könne nicht die Rede sein. Man sollte dafür Sorge tragen, daß eine reinliche Trennung von Kirche und Staat stattfinde. In Wirklichkeit hatten letzten Endes nicht die Eltern zu bestimmen, sondern die Kirche. Die Sozialdemokratie trete für die weltliche Schule ein, weil nur diese eine Erziehung in wirklicher Duldsamkeit gewährleiste, indem sie den Religions-Gemeinschaften und Weltanschauungen volle Betätigung ermögliche. Das Ziel der Sozialdemokraten sei in diesem Augenblick wenigstens darauf gerichtet, die Gemeinschaftsschule als Regelschule durchzusetzen, deren Charakter nach der Reichsverfassung durchaus weltlich sein müsse.

Abg. **Mumm** (DN.) bezeichnet den Auftakt zum Reichsschulgesetz als durchaus erfreulich. Das eigentliche Ziel der Gegner des Entwurfes sei die Beseitigung des Religionsunterrichtes in der Schule. Die Sozialdemokratie trete für die Gemeinschaftsschule nur deshalb ein, weil sie diese Schule als eine Etappe auf dem Wege zur weltlichen Schule ansehe. Die Durchführung der Gemeinschaftsschule würde eine noch größere finanzielle Belastung durch das Gesetz herbeiführen. Die

Deutschnationalen danken dem Minister für die Einbringung der Vorlage und beantragen ihre Überweisung an den Bildungsausschuß. Das deutsche christliche Volk wolle Freiheit für die christliche Schule, wo sie eingewurzelt ist. **Evangelische Schulen für evangelische Kinder und katholische Schulen für katholische Kinder auf der Grundlage des verfassungsmäßigen Elternrechts.** In dieser Überzeugung würden sie durch die Verhandlungen des Reichsrates noch bestärkt. In Übereinstimmung mit der vom preußischen Kultusminister gegebenen Begründung könnten die Deutschnationalen die Vorlage nicht für verfassungsändernd erachten. Die Verfassung bestimme, daß der Wille der Erziehungsberechtigten möglichst zu berücksichtigen ist. Auch auf eine Festlegung des geordneten Schulbetriebes im Gesetz könne nicht verzichtet werden. Der Redner erklärt, seine Partei habe für die besonderen Schwierigkeiten Südwestdeutschlands volles Verständnis, halte es aber nicht für tragbar, daß fast jeden Tag ein neues Land behaupte, es sei geschichtlich Simultanschulland. (Beifall rechts.)

Abg. Rheinländer (Ztr.)

begrüßt die Vorlage und empfiehlt ihre baldige Überweisung an den Bildungsausschuß. Das Zentrum werde alles tun, um dem deutschen Volk eine leistungsfähige öffentliche Volksschule für die Zukunft zu geben. Aus Mangel an stichhaltigen Angriffen gegen das Zentrum stellte man jetzt völlig unbegründete und durchaus falsche Behauptungen über die Bildung der jetzigen Regierungskoalition auf. Das Zentrum fordere die betonte Regelschule. Die Sozialdemokratie sei sicher froh, daß sie jetzt nicht in der Zwangslage sei, an dem Schulgesetz mitarbeiten zu müssen. Der Redner schilderte die kulturellen Pflichten des Staates und erklärte, das Zentrum wolle alles tun, um dem Staat bei der Erfüllung dieser Pflichten zu helfen. **Verhindert aber werden müsse eine Schulomnipotenz des Staates. Der Staat dürfe die Kirche in ihren Rechten aber auch nicht beschränken.** Die Kirche habe seit Jahrhunderten ihren Dienst zu einem beträchtlichen Teil der Jugenderziehung gewidmet. Leider würden in dem Entwurf die Rechte der Kirche nicht so klar gezeichnet, wie es das Zentrum wünsche. Der Redner tritt für die Bekenntnisschule für alle drei Konfessionen ein. Es sei nicht etwa die Schuld der Konfessionsschule, wenn heute das deutsche Volk zerklüftet sei. **Es sei völlig falsch zu erklären, die Bekenntnisschule verhindere den Gemeinschaftsgeist. Der Kampf um die Bekenntnisschule sei im wesentlichen ein Kampf des Gottesgedankens in der Kultur. Der Redner betonte zum Schluß den Verständigungswillen des Zentrums bei den Beratungen dieses Gesetzentwurfes.**

Die Verhandlungen über das Reichsschulgesetz werden dann abgebrochen.

Ein kommunistischer Antrag betreffend Saargänger-Unterstützungen, wird dem Ausschuß für die besetzten Gebiete überwiesen. Ein Abkommen über die internationale Rechtsordnung für Seehäfen geht an den Auswärtigen Ausschuß. Ohne Aussprache angenommen wird der Vertrag mit Frankreich über die Festsetzung der Grenze, das Luftverkehrs-Abkommen mit Italien und das Luftverkehrs-Abkommen mit Großbritannien. Ein Abkommen mit Polen über die Verwaltung der die Grenze bildenden Strecke der Warthe wird in erster Lesung genehmigt. Zur Annahme gelangt das Statut über die internationale Rechtsordnung der Eisenbahnen.

Das Haus vertagt sich dann auf Mittwoch. Tagesordnung: Fortsetzung der ersten Lesung des Reichsschulgesetzes.

Ministerbesprechung und Kabinettssitzung im Reichstage.

w **Berlin**, 17. Okt. **(Tel.)** Das Reichskabinett hielt heute nachmittag im Reichstage eine Ministerbesprechung ab, an die sich eine Kabinettssitzung anschloß, die bis gegen ½8 Uhr dauerte. Wie das WTB. aus parlamentarischen Kreisen erfährt, galten die Beratungen hauptsächlich wirtschaftlichen und finanziellen Fragen und anderen laufenden Angelegenheiten, so z. B. der Saargängerfrage. Mit dem Schulgesetz hat sich das Kabinett noch nicht weiter beschäftigt, da die Entwicklung zunächst bei den Fraktionen der Regierungsparteien liegt. Ebenso hat das Kabinett zum Kohlenarbeiterstreik in Mitteldeutschland noch nicht Stellung genommen. Es dürfte vielmehr zunächst den Erfolg der Schlichtungsverhandlungen abwarten, die für Donnerstag vormittag angesetzt sind. Die Besetzung des Botschafterpostens in Washington wird voraussichtlich in den allernächsten Tagen entschieden werden.

Deutsches Reich

Genf vor dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages.

= **Berlin**, 18. Okt. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist zu seiner nächsten Sitzung auf Freitag, den 21. Oktober, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Genfer Verhandlungen.

Die Gewerkschaften bei Generaldirektor Dorpmüller.

= **Berlin**, 18. Okt. **(Tel.)** Heute empfing der Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Dorpmüller, die am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften zu einer Aussprache über Lohnfragen der Reichsbahnarbeiter. Bekanntlich wurde im Lohnstreit des Aprils ds. Js. ein Schiedsspruch gefällt, der eine allgemeine Erhöhung des Lohnes der Reichsbahnarbeiter um 4 Pfennige am 1. April und um 1 Pfennig am 1. Oktober 1927 vorsah. Diese Löhne gelten nach dem Schiedsspruch bis zum 31. März 1928. Die Gewerkschaften wiesen in der Aussprache auf die inzwischen gesteigerten Lebenshaltungskosten in Deutschland hin, die eine sogenannte „zwischentarifliche" allgemeine Erhöhung der Löhne erforderlich machen. Der Generaldirektor sagte zu, daß dort, wo die Löhne der Reichsbahnarbeiter unter den Löhnen vergleichbarer Arbeiter der Industrie liegen, durch örtliche Zulagen im Rahmen des finanziell Möglichen geholfen werden soll.

Keine Anleiheverhandlungen der Reichsbahn in Amerika.

tu **Berlin**, 18. Okt. **(Tel.)** Zu den über Anleiheprojekte der Reichsbahn in Amerika verbreiteten Meldungen verlautet aus zuverlässiger Quelle, daß zur Zeit keine Verhandlungen der Reichsbahn über eine Anleihe in Amerika stattfinden.

Kein Fluchtversuch des Rathenau-Attentäters Techow.

w **Berlin**, 17. Okt. **(Tel.)** Die Meldungen, daß der wegen Beteiligung an der Ermordung des Reichsministers Rathenau zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Student Ernst Werner Techow einen in letzter Minute vereitelten Fluchtversuch aus der Strafanstalt Sonnenburg gemacht habe, entspricht nach einer Korrespondenzmeldung nach keiner Richtung den Tatsachen. Techow, der sich schon seit Monaten in der Strafanstalt Brandenburg in Einzelhaft befinde, habe weder in der vorigen Woche, noch zu einem früheren Zeitpunkt einen Fluchtversuch unternommen.

Die höheren Beamten Westdeutschlands und die Besoldungsreform

w **Düsseldorf**, 17. Okt. Hier fanden sich mehr als 1000 höhere Beamte des Westens zu einer Massenkundgebung gegen die Zurücksetzung der höheren Beamtenschaft in der Besoldungsvorlage zusammen. Behörden, Parlamentarier und Wirtschaftskreise waren zahlreich vertreten. Berichterstatter der Tagung Dr. Bohlen-Berlin kennzeichnete die Lage der höheren Beamtenschaft. In einer Entschließung wurde gefordert: 1. die Gewährung eines 90prozentigen Friedensrealgehalts für die normalen Gruppen der höheren Beamten im Endgegalt, 2. die Gewährung der ungeschmälerten Bezüge für die ledigen Beamten, 3. die Erhaltung der den nichtplanmäßigen Beamten in der bisherigen Besoldungsordnung gewährten Stellung, 4. die Ablehnung jeder Zurücksetzung der Ruhe- und Wartestandsbeamten und 5. die Ablehnung eines jeden Abbaus der Sonderzuschläge.

Der König von Bulgarien in Breslau.

tu **Breslau**, 18. Okt. **(Tel.)** Der König Boris von Bulgarien ist incognito in Breslau eingetroffen, um sich in klinische Behandlung bei Professor Dr. Erckentz zu begeben. Die Erkrankung soll leichter Natur sein.

Reichstagspräsident Loebe über die kommenden Wahlen.

tu **Paris**, 18. Okt. (Tel.) Das „Oeuvre" veröffentlicht ein Interview mit dem Reichstagspräsidenten Loebe über die Frage einer Auflösung des Reichstages, die Loebe für durchaus möglich halte. **Der Reichstagspräsident erklärte** danach u. a., daß seiner Meinung nach Graf Westarp durchaus recht habe, wenn er sage, die nächsten Wahlen würden im Zeichen eines Kampfes um die Friedensidee stehen. Die bisherigen Teil- und Stadtratswahlen hätten die Linksparteien gestärkt. Die Wähler hätten dabei ihren Willen bekundet, die nationalistischen Tendenzen nicht zu billigen. Man könne daher eine starke Mehrheit für die demokratischen Parteien voraussehen.

Aus aller Welt.

General Heye bei Präsident Coolidge.

tu **Newyork**, 18. Okt. **(Tel.)** Präsident Coolidge empfing General Heye in einer Spezialaudienz und erkundigte sich eingehend über Deutschland. General Heye hatte vorher den Kriegssekretär Davis aufgesucht. Nach Besuchen bei Wildour und Kellogg wird General Heye seine Reise über den amerikanischen Kontinent antreten.

Storthingwahlen.

w **Oslo**, 17. Okt. Heute fanden die Wahlen zum Storthing statt. Die bisher vorliegenden Ergebnisse zeigen einen ausgesprochenen Rückgang für die konservative Regierungspartei. Auch die Linke hat an Stimmen verloren. Die Bauernpartei weist einen ziemlichen Stimmengewinn auf. Am meisten hat bisher die Arbeiterpartei gewonnen. Die Partei der Kommunisten ist stark zurückgegangen.

Das Urteil im römischen Kommunistenprozeß.

‡ **Rom**, 18. Okt. In dem Prozeß gegen die acht Kommunisten wegen Verschwörung und Aufreizung zum Kampf fällte gestern das Sondergericht das Urteil. Der Angeklagte Grieco erhielt 17 Jahre Gefängnis, der frühere Abgeordnete Molinelli 14 Jahre Gefängnis, der ehemalige Direktor des Blattes „Unita" 8 Jahre Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden bis auf einen, der freigesprochen wurde, zu Gefängnisstrafen von 2 bis 8 Jahren verurteilt. Grieco, der früher ebenfalls Abgeordneter war, ist flüchtig. Er wurde in contumaciam verurteilt.

General Gomez getötet?

w **Mexiko**, 17. Okt. Die Zeitungen melden, daß 30 Aufständische, darunter auch der Führer Gomez, im Verlaufe eines Gefechtes mit Regierungstruppen, in der Nähe von Tacuaizam, im Staate Mexiko, getötet worden seien.

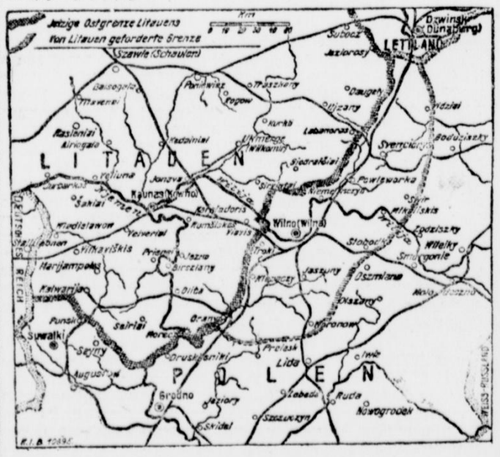
Die Ermordung Petljuras vor Gericht.

w **Paris**, 18. Okt. **(Tel.)** Heute mittag begann die Gerichtsverhandlung gegen den 38jährigen Uhrmacher Samuel Schwarzbarth, der am 26. Mai 1926 den ehemaligen Hetman der Ukraine Petljura durch fünf Revolverschüsse tötete. Zur Verhandlung sind 97 ausländische Journalisten anwesend. Unter den Zeugen befinden sich Professor Einstein und Maxim. Gorki. Bei seiner Vernehmung erklärte Schwarzbarth, er habe beschlossen, Petljura wegen der Progrome in der Ukraine, für die er Petljura verantwortlich mache, zu beseitigen. Das erstemal als er Petljura begegnete, sei dieser von seiner Frau begleitet gewesen, so daß er nicht habe schießen wollen. Als er ihn später allein traf, habe er ihn durch fünf Revolverschüsse niedergestreckt. Schwarzbarth erklärte, er habe die Tat allein ausgeführt und sei auch allein dafür verantwortlich.

Mehrere Wochen hat er Petljura durch die Straßen von Paris verfolgt, bis sich ihm die Gelegenheit bot, seine Absicht auszuführen. Als er ihn aus einem bescheidenen Restaurant austreten sah, rief er ihn an: „Pan Petljura!" Ein Blick voll Verachtung streifte ihn. Petljura erhob den Stock wie zur Abwehr und Schwarzbarth erhob die Pistole. Er rief ihm zu: „Verteidige dich, Kanaille!" Fünfmal schoß er auf ihn, fünfmal ohne Unterbrechung. Beim fünften Schuß fiel Petljura um. Mit Stolz fährt Schwarzbarth in seiner Erzählung fort: „Nicht ein Wort konnte er sprechen, nicht ein einziges. Nur Schmerzensschreie stieß er aus: „Ach, ach. Oh, oh!" Als er tot war, als er nicht mehr schreien konnte, da entlud Schwarzbarth seine Waffe. Ein Polizist erschien und sagte zu Schwarzbarth: „Der Mann ist tot. Folgen Sie mir!" Hier wird er vom Präsidenten unterbrochen: „Gestehen Sie, daß Sie ihre Freude nicht verhehlten, als Sie den Tod Petljuras erfuhren?" und Schwarzbarth schilderte, wie er sich freute, als ihm von dem Polizisten bestätigt wurde, daß er tatsächlich Petljura ermordet hatte. Nun taucht die Frage auf, ob Schwarzbarth Mitverschworene gehabt hätte, ob er der Beauftragte einer größeren Anzahl von Verschworenen gewesen sei. Schwarzbarth antwortete, er hätte allein gehandelt, um die mißhandelten Juden zu rächen. Dann wird die Sitzung unterbrochen. Im weiteren Verlauf schildert Schwarzbarth jetzt mit bewegter Stimme die Leiden, denen die Juden in der Ukraine von 1848 bis zur Gegenwart unterworfen waren. Er schildert die von den Kosaken seiner Anschauung nach auf Befehl Petljuras vorgenommenen Progrome und erzählt von Leuten in deutscher Uniform, die eine Armbinde mit der Aufschrift trugen: „Tötet die Juden! Rettet die Ukrainer!" Am schlimmsten wäre es im Jahre 1919 hergegangen. Schwarzbarth flechtet persönliche Erlebnisse ein, bis ihn der Präsident fragt: „Warum glauben Sie, daß Petljura dies alles befohlen hätte?" Schwarzbarth weiß keine andere Antwort als die Behauptung, daß Petljura das alles ohne Eingreifen geduldet hätte, und er bleibt bei seiner Behauptung trotz aller Zwischenfragen.

Die litauische Beschwerde an den Völkerbund.

w **Kowno**, 17. Okt. Die von der litauischen Regierung wegen der von den Polen in der Wilnaer Gegend gegenüber Litauern betriebenen Verfolgungen an den Völkerbundsrat gerichtete Beschwerdenote setzt auseinander, daß die litauische Regierung zu Beginn dieser Verfolgungen nur unvollständige Auskünfte besessen und darin lediglich eine Verletzung des Minderheitenabkommens von 1919 erblickt habe. Seitdem habe sie jedoch die Beweise erlangt, daß die polnische Regierung einen gegen die Existenz Litauens und seine Unabhängigkeit selbst gerichteten Plan zur Ausführung bringt. Die litauische Regierung bringe diese Tatsachen dem Völkerbundsrat zur Kenntnis und ersuche ihn, gemäß Artikel 11 des Völkerbundsstatuts, diese Beschwerde auf die Tagesordnung der nächsten Völkerbundsratssitzung zu setzen.



Die Gemeinderatswahlen in Prag.

= **Prag**, 17. Okt. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Prag haben von den deutschen Parteien erhalten: Die Deutsch-Demokraten 10 133, die Deutschnationalen 3 200, die deutschen Regierungsparteien 2 672, die deutschen Sozialdemokraten 2 008. Bei den letzten Wahlen in Prag, den Parlamentswahlen von 1925, kandidierten die deutschen Demokraten nicht. Sie gaben ihre Stimme zum größten Teil den Deutschnationalen, die dadurch 7 415 Stimmen erhielten, während die deutschen Regierungsparteien 2921 Stimmen und die deutschen Sozialdemokraten 6672 Stimmen erhielten. Dieser Ausfall der Wahlen bedeutet ein Anwachsen der bürgerlichen deutschen Stimmen um fast 50 Prozent und eine Abnahme der der deutschen Sozialdemokraten um rund 70 Proz. Die Deutsch-Demokraten erhalten bestimmt, wie bisher, ihre zwei Mandate und die Deutschnationalen 1 Mandat, während die deutschen Regierungsparteien und die deutschen Sozialdemokraten aller Wahrscheinlichkeit nach leer ausgehen. Von den tschechischen Parteien haben gegenüber den Parlamentswahlen von 1925 nur die Sozialdemokraten und die Kommunisten ihre Position verbessern können. Von den übrigen Parteien haben die Nationalsozialisten sich nur mit Einschluß der abgespaltenen Stribrny-Partei behaupten können, während die National-Demokraten ein gut Teil ihrer Stimmen verloren haben. Zum ersten Male ziehen in das Prager Stadtparlament die tschechischen Faszisten und zwar voraussichtlich mit zwei Mandaten ein.

Aus der Stadt.

Münster, 19. Oktober.

Vom Stadttheater. In der Aufführung des „Waffenschmied" am Mittwoch singt Josef Lex den Ritter Grafen Liebenau, Anton Imkamp den Stadinger, Mary Daalen die Marie und Werner Schnicke den Georg. Für den kommenden Samstag ist Offenbachs phantastische Oper „Hoffmanns Erzählungen" in Vorbereitung. Das Werk kommt in vollständig neuer Einstudierung und Ausstattung heraus. In den Hauptrollen sind beschäftigt Frl. Kaethner sowie die Herren Franz, Jooß, Valint, Fresco, Siemsen, Kiefer. Musikalische Leitung Kurt Overhoff, szenische H. N. Mang. Der Vorverkauf beginnt am Donnerstag. Preise 4.

Die Säle des Kettelerheims an der Schillerstraße haben im Innern jüngst eine gründliche Instandsetzung erfahren. Der große Saal sowie der obere kleine Saal sind nach Plänen der Kunstmaler Ernst Bahn und Pickard (Münster) neu in Farbe gesetzt und in kluger Beschränkung sehr glücklich und künstlerisch einwandfrei dekoriert. Es ist hier besonders bei dem großen Saal interessant zu beobachten, wie der vor 40 Jahren errichtete, im gotischen Stil gehaltene Bau, der nach unseren heutigen Anschauungen wirklich des Guten zu viel aufweist an reicher Deckentäfelung, an reich verziertem Ankerwerk und protzigen Beleuchtungskörpern, unter der Hand moderner Künstler trotz alledem ein ruhiges und gutes Gesamtaussehen gewonnen hat. Was unter den gegebenen Verhältnissen aus dem Raume zu machen war, ist geschehen. Besonders glücklich ist die Bühnenwand mit dem Vorhang behandelt. Der Vorhang und die Umrahmung der Bühnenöffnung sind mit wenigen Mitteln vornehm und wirkungsvoll zu einander abgestimmt. Zu beiden Seiten der Bühnenöffnung sind über dem Sockel durch kräftige, stark stilisierte Männergestalten auf der einen Seite die Arbeit, auf der anderen Seite die Erholung dargestellt. Hier zeigt Bahn echte, monumentale Raumkunst. In leichten lasierenden Tönen hingesetzt, fast friesartig nebeneinander geordnet, fügen sich die wuchtigen Gestalten wirkungsvoll und doch nicht aufdringlich dem Gesamtbilde ein. Die eigentlichen Gestalten sind zur Wanddekoration geworden, ohne die Wand zu zerreißen oder künstlerisch als Selbstzweck erscheinen zu wollen. Das ist keine Bildchenmalerei, wie wir sie aus den letzten 50 Jahren zum Überdruß an manchen Kirchenwänden gesehen haben, sondern wirkliche Wandmalerei, die monumental bleibt und sich dem ganzen Raume glücklich einfügt. Es ist besonders zu loben, daß die Leitung des Kettelerheims gerade hier an dieser Stelle für eine künstlerisch einwandfreie, gute und vornehme Ausstattung gesorgt und in dieser neuen Ausstattung Säle geschaffen hat, die heute für Konferenzen und große Versammlungen so ganz in der Nähe des Bahnhofes äußerst wertvoll sind.

Theateraufführung des kath. Arbeitervereins im Kettelerheim. Wie in jedem Jahre, so wartete auch diesjährig die rührige Theaterabteilung des kath. Arbeitervereins Münster-Ost mit einem Spielabend auf, der am letzten Sonntag in der neu ausgemalten Aula des Kettelerheims stattfand. In dem wohligen, frohstimmenden Raum hatten sich die Mitglieder des Arbeitervereins mit ihren Frauen und Angehörigen trotz des Sendsonntags sehr zahlreich eingefunden. Nach einer kurzen Einleitung durch den Vorsitzenden Herrn Festing begann dann auf der ebenfalls neuerbauten Bühne die Aufführung eines vieraktigen Schauspiels von Helmin, „Der Schwur" betitelt. Das Stück spielt in der Welt des vergangenen französischen Adelslebens und handelt von dem Werben zweier Junker um die Liebe der jungen Grafentochter. Durch Liebesleid und mancherlei Hemmnisse geht der Weg zum endlichen Glück. Die jungen Spieler und Spielerinnen entledigten sich mit viel Geschick ihrer Rolle und fanden am Schluß den reichverdienten Beifall der Zuschauer. Besondere Aufmerksamkeit erregte der Darsteller des René wegen seines lebensechten Spieles. So war der Abend ein Genuß für die Versammelten und ein Erfolg für die Spielgemeinde, und es bleibt zu wünschen nur übrig, daß das reiche Leben, wie es sich hier zeigte, weiterblühe.

Die sozialen Wahlen.

Vom Christlichen Metallarbeiterverband wird uns geschrieben: Im Laufe des nächsten Monats finden allenthalben die sozialen Wahlen statt. Diese Wahlen sind nicht etwa von untergeordneter Bedeutung, wie man vielfach annimmt, sondern von ganz besonderer Wichtigkeit für die Arbeitnehmerschaft. Werden doch durch dieselben die Ausschüsse und Vorstände der Krankenkassen bestimmt, welche das Recht haben, die Unterstützungsgrenzen derselben erheblich zu erweitern. Unter anderem können sie Familienkrankenversicherung und erweiterten Wöchnerinnenschutz einführen. Vor allem Gründe für die Frau, sich um das Krankenkassenwesen zu kümmern. Ist sie es doch, welche von derartigen Schicksalsschlägen am stärksten betroffen wird, da sie im allgemeinen die sich daraus ergebenden finanziellen Schwierigkeiten zu meistern hat. Aber nicht nur dieses allein, sondern nach der Zusammensetzung der Ausschüsse und Vorstände der Krankenkassen richtet sich auch die Besetzung der übrigen sozialen Instanzen. Die Krankenkassenwahl ist somit die Wahl, welche die Möglichkeit bietet, zu bestimmen, in welchem Geiste und welchem Sinne die Besetzung der einzelnen öffentlichen, sozialen Institutionen zu erfolgen hat.

Weil nun jeder Arbeitnehmer durchweg mit den sozialen Einrichtungen in Berührung kommt, kann es ihm nicht gleichgültig sein, in welchen Händen die Führung derselben liegt. Diese Einrichtungen sind mehr oder weniger Selbstverwaltungsorgane und stehen mit allen Einrichtungen des öffentlichen Lebens in Verbindung, wodurch sie in der Hand desjenigen, welcher über einen maßgebenden Einfluß in denselben verfügt, ein nicht zu unterschätzender Machtfaktor sind. Alles dieses klar erkennend, versucht die SPD. sowie die freie Gewerkschaft, alles, um die sozialen Wahlen für sich erfolgreich zu gestalten. Dieses Beginnen muß uns christliche Arbeitnehmer zu denken geben und in uns die Erkenntnis wecken, daß wir dem nicht tatlos zusehen können. Es muß in der gesamten christlichen Arbeiterschaft der Wille lebendig werden, unter keinen Umständen dem Gegner kampflos das Feld zu überlassen. Dieses sind wir schon allein den Verkämpfern der Sozialversicherung schuldig, welche alle auf christlichem Boden gestanden und gegen die Opposition der Sozialdemokraten die sozialen Reformen erkämpft und die Sozialversicherung durchgesetzt haben. In diesem Zusammenhange braucht man nur an einige Namen erinnern, welche ein Programm verkörpern z. B. Ketteler, Stöcker und Hitze.

Hieraus ersehen wir, daß die Sozialversicherung auf christlichem Boden gewachsen und aus christlicher Initiative hervorgegangen ist. Wollen wir uns unseren großen Führern würdig erweisen und denselben unsere Anerkennung bezeugen, so kann das nicht besser geschehen als dadurch, daß jede christliche Arbeiterin und jeder christliche Arbeiter es als Pflicht ansehen, bei den sozialen Wahlen ihre Stimme der christlichen Liste zu geben, wodurch diese nicht nur bekunden, daß sie wissen, was sie der Vergangenheit schuldig sind, sondern gleichzeitig dafür sorgen, daß den Grundsätzen der christlichen Weltanschauung die Möglichkeit wird, in das Wirtschaftsleben der Gegenwart einzudringen.

Aus den Provinzen.

= **Coesfeld**, 17. Okt. (Das Coesfelder Gymnasium) wird im nächsten Jahre ein Doppeljubiläum feiern können. Vor nunmehr 300 Jahren als Jesuitengymnasium gegründet, gedenkt das Staatliche Gymnasium Nepomucenianum am 20. Oktober 1928 des Tages, an dem es vor hundert Jahren zur Vollanstalt erhoben wurde. Dieser Tag soll festlich begangen werden. Aus praktischen Gründen wird die öffentliche Feier wahrscheinlich auf einen früheren Zeitpunkt gelegt werden; in Aussicht genommen sind der 4. und 5. Juni des nächsten Jahres. Die früheren Schüler des Coesfelder Gymnasiums werden zu dieser Jubelfeier eingeladen; insbesondere werden alle ehemaligen Abiturienten gebeten, ihre jetzige Berufsstellung und Anschrift umgehend mitzuteilen an Studienassessor Neumüllers in Coesfeld. An ihn möge jeder, der dazu in der Lage ist, auch Mitteilungen über den Stand und letzten Wohnort der nicht mehr lebenden Abiturienten richten. (Um Abdruck in der Presse wird gebeten.)

= **Lüdinghausen**, 18. Okt (Das Bauprogramm der Kreisstraßenverwaltung) für 1928 ist vom Kreistag in seiner letzten Sitzung angenommen worden. Straßenbauarbeiten sind in den Gemeinden Selm, Bork und Bockum-Hövel zum Kostenpunkte von 224 000 Mark als unbedingt notwendig bezeichnet worden. Die Einnahmen der Kreisstraßenverwaltung werden nach vorsichtiger Schätzung rund 50 000 Mk. 1928 betragen. Durch Kreissteuern sind somit 174 000 Mark zu bestreiten. Im vorigen Jahre waren hierfür an Kreissteuern 220 000 Mark aufzubringen. Die endgültige Festsetzung des Haushaltsplanes der Kreisstraßenverwaltung für 1928 erfolgt in der Etatskreistagssitzung zu Beginn des Jahres 1928. Vom Landrat Dr. von Stockhausen wurde die Hauptverkehrsstraße Lüdinghausen—Selm—Bork—Altlünen als stark reparaturbedürftig bezeichnet; ihre gründliche Ausbesserung soll zunächst erfolgen. Wesentliche Mittel sind dafür ausgesetzt.

+ **Selm**, 18. Okt. (Die Unterschlagungen) bei der hiesigen Nebenstelle der Kreissparkasse betragen über 40 000 Mk. Trotz mehrfacher Revisionen hat man diese Unterschleife nicht feststellen können. Der Stellenverwalter hat die Unterschlagungen ungeniert ausführen können, da kein Gegenbuchführer vorhanden war. Das gesamte Revisionsverfahren ist nun einer gründlichen Nachprüfung unterzogen worden, damit ähnliche Vorfälle nach Möglichkeit ausgeschlossen sind.

⊙ **Laer bei Iburg**, 18. Okt. (Wie durch ein Wunder dem Tode entgangen,) sind 2 Insassen des Geschäftsautos einer münsterischen Großhandlung. Kurz vor der Begegnung eines Fuhrwerks lief der riesengroße Hund eines Fuhrwerksbesitzers, unter dem Fuhrwerk herkommend, vor das Auto. Er wurde von diesem erfaßt und zwischen Vorderrad und Steuergestände gepreßt, so daß der Lenker die Gewalt über das Steuer verlieren mußte. Das Auto stieß gegen einen Chausseebaum und überschlug sich. Der Lenker wurde herausgeschleudert, der zweite Insasse, bewußtlos unter dem Wagen hervorgezogen, erholt sich aber schnell wieder, sodaß ein sofort herbeigeeilter Arzt keine ernsten Verletzungen feststellen konnte.

⊙ **Gräfrath**, 17. Okt. (Brandstiftung.) Durch den Leichtsinn des 2½jährigen Verwalters Stamm, der in der Scheune eine brennende Zigarette in einen Haufen Stroh fallen ließ, entstand auf dem Bauerngut Heiderhof ein Großfeuer, dem die Scheune und der Kuhstall zum Opfer fielen, während das Wohnhaus und ein erst vor wenigen Jahren gebauter Pferdestall gerettet werden konnten. 140 Hühner kamen in den Flammen um, während drei Schweine infolge schwerer Brandwunden notgeschlachtet werden mußten. Die Pferde und Kühe konnten rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden.

+ **Duisburg**, 17. Okt (Schwerer Motorradunfall.) Ein Motorradfahrer aus Hamborn verlor die Gewalt über seine Maschine und fuhr zwischen einem Laternenpfahl und einem dicht daneben stehenden Telegraphenmasten hindurch. Dabei wurde der Beifahrerin das rechte Bein oberhalb des Knies glatt abgerissen. Das Mädchen schwebt in Lebensgefahr. Der Fahrer selbst kam mit leichten Verletzungen davon. Kurz vorher hatte der Fahrer schon eine andere Person angefahren. Der leichtsinnige Mensch wurde verhaftet.

+ **Köln**, 17. Okt. (Niedergeschossen.) In einer Wirtschaft im Süden der Stadt kam es am Samstag abend zwischen dem Wirt und einigen Gästen zu einem Wortwechsel, der in Tätlichkeiten ausartete. Bereits am Freitag abend sollen dem Wirt gegenüber Drohungen ausgestoßen worden sein, weil dieser versuchte, einen Streit zu schlichten. Im Verlaufe des Streites ergriff der Wirt zur Schußwaffe und gab nach einer kurzen Warnung an seine Angreifer Feuer. Einer der Gäste brach getroffen zusammen und starb kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Der Erschossene selbst soll an dem Streit nicht beteiligt gewesen sein.

+ **Neuwied**, 17. Okt. (Lebendig verbrannt.) Beim Bedienen einer Wohnungsheizanlage gerieten auf bisher nicht geklärte Weise die Kleider eines 23jährigen Mädchens in Brand. In Flammen gehüllt rannte das verzweifelte Mädchen über mehrere Treppen auf die Straße, wo die Flammen durch Tücher und Mäntel erstickt wurden. Der ganze Körper des Mädchens war mit Brandwunden bedeckt, deren Folgen die Bedauernswerte unter unsäglichen Schmerzen erleg.

Vermischtes.

* ⊕ **Ein Siedlungskandal in Karlshorst.** Berlin, 17. Okt. **(Tel.)** Im Jahre 1925 hatte der Architekt Wiechert aus Oderberg die Erlaubnis erhalten, in Karlshorst 22 Mietshäuser mit 160 Wohnungen zu errichten. Es meldeten sich zahllose Reflektanten für die Wohnungen. Jeder künftige Mieter mußte sich verpflichten, pro Zimmer der Wohnung einen Baukostenzuschuß von 1000 Mark zu zahlen. Dieser Baukostenzuschuß sollte als Grundschuld auf die Grundstücke eingetragen und nach 12 Jahren zurückgezahlt werden. Die Miete sollte entsprechend den Baukosten für eine Zweizimmer-Wohnung 60 Mark, für drei Zimmer 75 Mark und für 4 Zimmer 125—130 Mark betragen. Beim Abschluß des notariellen Vertrages wurden die Mieten wesentlich höher bezissert. Abermals einige Wochen später wurde erklärt, daß sich die Kosten für die Fertigstellung wider Erwarten erhöht hätten, so daß die Mieten nunmehr 110, 145 bzw. 181 Mark betragen müßten. Wenn die Mieter zurücktreten wollten, seien die eingezahlten Beträge verfallen. Der Grundschuld, die für diese Beträge eingetragen, gingen soviele Hypotheken vor, daß die Sicherung vollkommen wertlos war. Die Mieter haben die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei übergeben. Der Schaden soll nahezu eine halbe Million betragen.

* ⋕ **Tödlicher Eisenbahnunfall bei Neumittenwalde.** Breslau, 18. Okt Von einem ausfahrenden Personenzuge wurden bei Neumittenwalde der Arbeiter Andreas Gerog und der Maschinenführer Battosek überfahren. Gerog war sofort tot. Battosek wurde ein Bein abgefahren. Beide hatten sich unbefugterweise auf dem Bahnkörper aufgehalten.

* ⊕ **Schluß der bayerischen Handwerksausstellung in München.** München, 17. Okt. Die bayerische Handwerksausstellung, die gestern zu Ende ging und im ganzen rund zweieinviertel Millionen Besucher aufzuweisen hatte, wurde heute abend mit einem Festakt offiziell abgeschlossen, wobei der bayerische Ministerpräsident Held mit Genugtuung feststellen konnte, daß der Ausstellung ein voller Erfolg beschieden war. Die Ausstellung, so führte er aus, habe wieder einmal aller Welt vor Augen geführt, welche Bedeutung auch heute noch das Handwerk im Staate, in der Gesellschaft und im Rahmen der Volkswirtschaft habe. Die Ausstellung habe den Beweis geliefert, welche wichtige Zivilisations- und Kulturaufgaben das Handwerk auszuführen habe. Der Ministerpräsident schloß mit der Hoffnung, daß die Ausstellung auch nachhaltig wirken möge, zum Ruhm und zum Gedeihen der bayerischen Hauptstadt, des ganzen bayerischen und deutschen Vaterlandes. Der Münchener Oberbürgermeister Scharnagl verwies auf die Anerkennung, die die Ausstellung aus allen deutschen Gauen und auch aus dem Auslande erfahren habe. Der moralische Erfolg der Ausstellung, der Münchens Ruf als Kunst- und Ausstellungsstadt neu gefestigt habe, könne nicht hoch genug eingeschätzt werden. Im Namen der Organisationen dankte Geheimrat Würz für die Unterstützung, die die Ausstellung von allen amtlichen und städtischen Stellen erfahren habe.

* ⊕ **Eine ganze Familie verbrannt.** London, 18. Okt. In Wateringbury Hall in der Nähe von Maidstone brach heute nacht im Hause eines englischen Offiziers ein Feuer aus, das so schnell um sich griff, daß die ganze vierköpfige Familie in den Flammen umkam. Drei Dienstboten konnten sich rechtzeitig retten.

* ⊕ **Schwere Explosion in indischen Steinbrüchen.** London, 18. Okt Wie aus Rangoon berichtet wird, sind bei einer Explosion in den großen Steinbrüchen in der Nähe von Moulmein sechs Personen getötet und neunzehn verletzt worden. Der Zustand einiger Verletzter ist lebensgefährlich.

Die Brandkatastrophe in Affing.

* **Augsburg**, 17 Okt. Der Brand des dem Freiherrn von Gravenreuth gehörigen Schlosses Affing, bei dem, wie bereits gemeldet fünf an den Rettungsarbeiten beteiligte Personen ums Leben gekommen und 13 schwer verletzt worden sind, hat nach den bisherigen Feststellungen sich nur deshalb mit so überwältigender Schnelligkeit ausbreiten können, weil das Feuer bereits mindestens einen Tag lang im Verborgenen geschwelt hatte, bevor es infolge vermehrten Luftzutritts von außen her zum hellen Ausbruch kam. Die große Zahl der Toten und Verwundeten ist auf den Einsturz des großen Turmkamines zurückzuführen, der das Gebäude vom Erdgeschoß bis zum Dachfirst durchzog. Die in die Zimmer geflüchteten Personen ließen sich an Seilen auf den Erdboden hinab wobei sie zum Teil Knochenbrüche und Brandwunden davontrugen. Unter der den Brandplatz umsäumenden Zuschauermenge brach angesichts des entsetzlichen Unglücksfalls eine Panik aus. Um weiteres Unglück zu verhüten, wurde eine größere Abteilung Landespolizei zur Absperrung herbeigerufen. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, das Feuer zu lokalisieren. Gegen 8 Uhr abends waren die von auswärts, u. a. auch aus Augsburg, herbeigeeilten Motorspritzen abgerückt, da die Gefahr einer weiteren Ausdehnung des Brandes beseitigt schien, sie mußten aber gegen 10 Uhr abends wieder herbeigeholt werden, weil der Brand von neuem aus den Trümmern hervorbrach. Die ganze Nacht über wurde bei Scheinwerferlicht auf der Brandstätte gearbeitet. Es